

fristig in die Produktion von Massengütern mit Maschinen investieren (13 f., 107 f.), weil Investieren rentabler ist als Spekulieren (156). Diese besonderen Faktoren und ein „Einlassen“ auf Kapitalismus (175, 226) ergeben im Zusammenspiel von Klugheit und Absichtslosigkeit diese „Veranstaltung“ (9 f.): Freiheit nimmt zu, Ungleichheit schwundet, Realeinkommen steigen. Die derzeitige Globalisierung mit der Einschaltung nicht-kapitalistischer Wirtschaften in die Produktion, mit Prestigekonsum, mit einem politisch verteilten Mehrprodukt, mit dem Abwürgen des realen Kapitalstocks durch Finanzmärkte (181, 206 f.) gefährdet all diese „konstitutiven Voraussetzungen von Kapitalismus“ (10, vgl. 184, 186). Auch die „Zukunftssicherung der Einzelnen und der Umwelt“ entzieht sich kapitalistischer Organisation und wäre als soziale Einbettung zu regeln (225 f.).

Kapitalismus greift zur Welt, Globalisierung ist „Schicksal“, bedeutet aber nicht zwingend die Weltgeltung von Kapitalismus (185): Diese Stichworte bestimmen die besonders am Beispiel von Spanien, England, Indien, den USA, der Sklaverei vorgestellte, öfters in Tabellen verdichtete Darstellung der Entwicklungen und Möglichkeiten. Schwerpunkte des Buches sind die ungleichen (187, 190) Globalisierungen am Ende des 19. Jahrhunderts und in der Gegenwart, die Weltwirtschaftskrise und die durch „steigende Masseneinkommen“ charakterisierte „goldene“ Episode von 1950 bis 1980. Als Alternativen werden Finanzmärkte oder reale Märkte, Spekulation oder Produktion, eine hierarchische Gesellschaft der Etablierten oder der am durchschnittlichen Verdienst, an Produktion, Arbeit und Massenkonsum orientierte „Sieg des Gemeinen Man-

nes“ (9, 11 ff., 59, 219 ff., 225) gegenüber der Rückkehr zum „Luxuskonsum der wenigen und Armut der vielen“ (46) vorgestellt. Komplexität wird reduziert (208), die historische Darstellung wird aktuell, die Analyse wird normativ, die grundlegenden Alternativen zeichnen sich ab. Es gilt, „Kapitalismus zu verstehen“, um „seine Ambivalenzen zu nutzen“ (175). „Die Verteidigung von Kapitalismus setzt voraus, dass der Vorrang der realen Ökonomie gegenüber den Ansprüchen der Finanzmärkte und ihren fiktiven Vermögenswerten ins allgemeine Bewusstsein rückt“ (208).

Eike Hennig

Wiesner, Ina (Hrsg.). *Deutsche Verteidigungspolitik*. Baden-Baden. Nomos (Schriften der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation) 2013. 403 Seiten. 69,00 €.

Die Verteidigungspolitik der Bundesrepublik gleicht einem Hund, der sich an den engen Hof deutschen Sekundärrechts gewöhnt hat. Im Umfeld der Stauffenbergstraße am Berliner Tiergarten musste er nie zubeißen; gelobt wurde er für seine Dienste bei hohem Wasser. Aus entfernten Gefilden kam er letzthin öfters mit schmutzigem Fell und innerlich traumatisiert zurück; auf Liebesbezeugungen der Mitwelt reagiert er seither eher gereizt.

Ina Wiesner legt – mit einem ansehnlichen Autorenkreis – ein ambitioniertes Überblickswerk zum Politikfeld der Verteidigungspolitik vor. Ohne eigentlich über Verteidigung zu sprechen, sind die Beiträger mit den Institutionen, Akteuren und Prozessen jenes sensiblen Bereiches befasst, den selbst Nachtwächtertheoretiker zum „harten“ Kern

der Staatsaufgaben zählen. Während die Anlage des Bandes suggeriert, man blicke auf ein bewährtes Zusammenspiel der Kräfte, liegt einiges im Argen. So kommt der erste Teil des Buches zu verteidigungspolitischen Grundlagen mit einer Nennung des Weißbuches von 2006 und den verteidigungspolitischen Richtlinien von 2011 aus – welche Ideen das Politikfeld bestimmen, bleibt unklar. Zwar verweist *Stephan Böckenförde* auf die verschwimmende Grenze zwischen innerer und äußerer Sicherheit angesichts von organisierter Kriminalität, von elektronischen Kriegen, von Terrorismus, der nicht zuletzt die Verwundbarkeit der Wirtschaft durch Angriffsmöglichkeiten auf „kritische Infrastrukturen“ verdeutlicht (49). Jedoch betrifft dies nur die ersten beiden Aufgaben der Bundeswehr, die *Sven Bernhard Gareis* vorstellt: den Schutz der Bürger und die Sicherung außenpolitischer Handlungsfähigkeit. Die Verteidigung verbündeter Staaten lässt sich noch mittelbar erklären, der „Beitrag zu Stabilität und Partnerschaft im internationalen Rahmen“ sowie die Förderung „multinationaler Zusammenarbeit und europäischer Integration“ (64) wird aus dem Folgebeitrag von *Hans-Werner Wiermann* hingegen kaum deutlich: Dem Rezessenten erscheinen die Kriegseinsätze der letzten Jahre kaum als Verteidigung Deutschlands – an keinem noch so zentralen Gebirge dieser Welt leuchtet GG Artikel 87a. Wo es knirscht, bleibt der Band vage: Allda die Verteidigungspolitik Partnerschaft vorantreiben könnte – vor allem im Friedensraum der Europäischen Union – spricht *Wiermann* allgemein von „pooling and sharing“. Chancen einer europäischen Kooperation bei Rüstung und Fähigkeiten bleiben unerörtert – abgesehen vom ernüchternden

Befund, die European Defence Agency habe mit dem Capability Development Plan „keine verbindliche Planungsvorgabe“ (96) für die Unionsstaaten. Hier rächt sich das Ausblenden normativer Sichtweisen: Wenn Deutschland die europäische Integration auf allen Politikfeldern erreichen will, gehört zwangsläufig eine gemeinsame Armee dazu: Ein Land stellt Aufklärer, ein Land die Minensucher, eines die „force de frappe“ und so weiter. Dass die Bundesrepublik neben der Bündnispolitik auch bilaterale Kooperationen betreibt, bleibt meist unterhalb des Radars der Öffentlichkeit – wie sich etwa an der Militärischen Ausbildungshilfe zeigt (101).

Aufbau und Funktionsweise von Ministerium, der Teilstreitkräfte, der Wehrverwaltung und der Reserve der Bundeswehr nimmt der zweite Teil in den Blick. Das Ministerium wird in seiner Entstehung aus dem „Amt Blank“ heraus geschildert, die heutige Struktur vorgestellt. Es war ein langer Weg, bis die Truppe dem Generalinspekteur durch den Dresdner Erlass vom 21. März 2012 unterstellt wurde – im Nachgang ein überfälliger Schritt. Obgleich dem Leser alle Fachabteilungen des Ministeriums präsentiert werden, kommen die realen Probleme kaum zur Sprache: Erst während der Drohnen-Affäre 2013 wurde der Bundesrepublik offenbar, dass im „Haus“ manche Entscheidung auf unerklärliche Weise oder gar nicht getroffen wird. Welches Chaos mit der Auflösung des Planungsstabes entstand, vermeldete die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 31. August 2013: Der Stab habe (eingerichtet von Helmut Schmidt) wie ein Spürhund Minensuche im Haus betrieben, was nun fehle. Erfolgsmessung und Krisenentschärfung scheint der Rationalisie-

rung zum Opfer gefallen. Der Rezensent setzt hinzu: Die Entwirrung des Ministeriums ist durchaus erfolgreich; der – bei der Ministerin angesiedelte – Leitungsstab ist hier in der Pflicht. *Christoph Reifferscheid* und *Ulf Bednarz* ist es zu danken, dass sie die „Das-hat-es-ja-noch-nie-gegeben-Sichtweise“ (118) ins Gestern verweisen; unklare Strukturen sind insbesondere an der Spitze der Teilstreitkräfte beseitigt. Heer, Luftwaffe und Marine wurden umgegliedert, solange sie bestehen. Dies für den Leser anschaulich zu machen, ist gelungen – samt der Frage, ob etwa die stark verkleinerte Marine mit nur mehr zwei Einsatzflotillen den Anforderungen heutiger Seeüberwachung und Sicherung von Operationsgebieten genügen wird. Immerhin kann das gemeinsame Wirken der Streitkräfte als gelungene Innovation gelten (182). Reservisten bewertet *Armin Müller* als wichtige Mittler, da Armee und Gesellschaft nach dem Wegfall der Wehrpflicht immer weniger in Kontakt kommen (201). Zudem versehen diese „Bürger mit Uniform“ dort Dienste, wo aktive Soldaten fehlen. Die Versorgung der Bundeswehr mit allen nötigen Ressourcen hat die Wehrverwaltung inne, bei der Anglizismen grassieren (Travel Management, Karriere Center). Während dabei die Rechtspflege knapp – „Einsatzrecht“ wird gesondert aufgeführt – als Vermittler von Urteilsfähigkeit erscheint, ist die Seelsorge als „Weggefährte im Einsatz“ (232) unzureichend beschrieben.

Aus dem dritten Teil (zu ökonomischen Fragen) sei hier die Aufstellung und die Kontrolle des Verteidigungshaushalts (Einzelplan 14) herausgegriffen: *Stefan Bayer* geht auf die Budgetinitiative des Finanzministers ein, die parlamentarische Beratung und Verabschiedung.

Angesichts der Debatte um die jahrelange Finanzierung der Drohnen-Entwicklung sticht der Hinweis auf das stumpfe Schwert, den Bundesrechnungshof, hervor und erklärt, warum die politische Kontrolle in Deutschland nicht funktioniert: Der Bundestag entscheidet mit mehrjähriger Verzögerung (auf Grundlage des jeweiligen Berichts des Rechnungshofes) über die Entlastung der Regierung – sie ist somit wirkungslos. *Bayer* bilanziert: „Es fehlt eine systematische Erfolgskontrolle [...]. Weniger erfolgreiche Programme sollten eingestellt oder modifiziert werden.“ (249) Die Bottom-up-Planung komme im kurzfristigen Haushaltssplan regelmäßig zu kurz, gute Ideen zur Steigerung der Effizienz dringen aus der „Schlammzone“ kaum nach „oben“ durch. Grundgesetzliche Vorgaben zu Transparenz und Verhältnismäßigkeit erscheinen dem Rezessenten in bedenklicher Weise gefährdet – dies gilt umso mehr für die Rüstungsbeschaffung, obwohl die Ministerin dem Parlament alle Ausgaben von mehr als 25 Mio. EUR einzeln vorlegen muss. Die Mittel zur Drohnen-Entwicklung lagen stets über dieser Richtgröße – was hat der Bundestag unternommen? Angesichts dieser Mängel ist das Wechselbad der Gefühle in der Öffentlichkeit nachvollziehbar. Im vierten Teil geht es um Debatten unserer Tage, ehe ein Blick aus Großbritannien das Buch beschließt. *Jörg Jacobs* zeichnet die Unterstützung für die Bundeswehr seit ihrer Gründung nach; sie wird demnach überwiegend als Friedensarmee eingeschätzt. Die Informationspolitik von Ministerium und Bundeswehr sei in der digitalen Welt angekommen – doch der Leser erfährt nichts über das Paradox, das die Pressearbeit lähmmt: Während die Videos zur Nachwuchsge-

winnung Bildungschancen und einen Dienst, der jugendlichen Abenteuerurlauben ähnelt, in den Vordergrund rücken, erfahren mögliche Freiwillige (und deren Eltern) nichts über den oft eintönigen, aber technisch anspruchsvollen Dienst am Standort, der gute Menschenkenntnis erfordert. Zugleich mehren sich in den Buchläden Berichte von Soldaten, die nach schweren Gefechten traumatisiert in die Heimat zurückkehren und oft weder ausreichende Fürsorge noch eine angemessene Würdigung erfahren. Die Initiative von Thomas de Maizière zur Stärkung einer Veteranenkultur verlief bislang im Sande – und bleibt hier unerwähnt im Gegensatz zur – erfolgreichen – Kampagne „Wir. Dienen. Deutschland.“ (314) Gerhard Kümmel sieht (bei generell entspannterem Verhältnis der Deutschen zu ihrer Armee im Vergleich zu den Vorjahren) eine wachsende Interventionsmüdigkeit im Volk (339). Wann war das institutionelle Zusammenspiel von Politik und Bundeswehr so strapaziert wie 2013? Thomas de Maizière hat mit der Kritik an dem Streben nach Anerkennung (die er übrigens in der Gesellschaft für gegeben ansah) in den Streitkräften Ansehen verloren. Langwierige Prozesse wie die „Neuausrichtung“ erfahren insbesondere aus der Armee selbst Kritik, die Rüstungsbeschaffung ist in einer Krise, die in der Geschichte der Bundesrepublik nie bekannte Ausmaße angenommen hat. Die Bürger sind geschockt vom Umgang mit öffentlichen Geldern – die Kontrollfunktion des Bundestages muss als weithin gescheitert angesehen werden (darüber finden sich kaum Medienberichte). Daher ist eine nüchterne Bestandsaufnahme der Akteursnetze und der offensichtlichen Verantwortungsdiffusion dringend nö-

tig und mehr noch demokratietheoretisch geboten – die mit dem Ende der Wehrpflicht abnehmende Kenntnis militärischer Strukturen unter den Deutschen will der Band ausgleichen.

Die sich vergrößernde Kluft zwischen Armee und Gesellschaft ist wohl kaum mehr zu schließen. Mit dem Lehrwerk kann sich zumindest eine interessierte Öffentlichkeit einen Überblick verschaffen (das Verwaltungsdeutsch stört an vielen Stellen „vollumfänglich“ und wäre im Sinne der „Zielstruktur“ besser „konsequent“ eliminiert worden). Vielleicht nehmen sich mehr Bürger als bisher den Nöten des Hundes an, der sie bewacht.

Sebastian Liebold

Eckel, Jan und Samuel Moyn (Hrsg.).
Moral für die Welt? Menschenrechtspolitik in den 1970er Jahren. Schriftenreihe der FRIAS School of History Band 5.
 Göttingen. Vandenhoeck & Ruprecht
 2012. 396 Seiten. 59,99 €.

Es ist nicht der geringste Verdienst des vorliegenden Bandes, die Einseitigkeiten ethisch-moralischer Argumentationslinien zu vermeiden und Menschenrechtsfragen politisch, das heißt im Sinne von Interessenspostulierung und -durchsetzung, zu untersuchen. Die Beiträge belegen aber auch die Heterogenität der Programmatiken, der Narrative (ein Wort, das häufig bemüht wird), der rhetorischen Repertoires und der Strategien auf dem Felde der Menschenrechtspolitik sowie die geographisch-kulturellen Bedingtheiten, Konstellationen und Voraussetzungen von menschenrechtspolitischen Aktivitäten.

Anlass für das Zustandekommen des Bandes war eine Konferenz mit dem